

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,30 RM., bei Postbestellung 3 RM. (inkl. Porto). Einzelnummern 10 Pf. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Fernsprechnummer: 110. Die Redaktion befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Die Druckerei befindet sich in Wilsdruff, Markt 1.

Wilsdruff-Druckerei, Wilsdruff, Markt 1. Fernsprechnummer: 110. Die Druckerei befindet sich in Wilsdruff, Markt 1.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 110 — 89. Jahrgang — Wilsdruff-Druckerei — Postfach: Dresden 2640 — Dienstag, den 13. Mai 1930

Der Turm von Basel.

Es geht also nun los mit der „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich“ in Basel, der „B. I. Z.“, die man dort im Hotel Savoy vorläufig für zwei Jahre untergebracht hat. Denn, daß sich dieses international unbedingt wichtigste und einflussreichste Bankunternehmen der Welt sehr bald ein neues, seinem Rang und seiner Bedeutung entsprechendes Haus bauen wird, ist wohl anzunehmen.

Auch die fremden Staaten, die nicht unsere Gläubiger sind, interessieren sich ganz außerordentlich für diese Bank, in der freilich Frankreich, England, Italien, Japan, Belgien, Amerika — „inoffiziell“ — einerseits, Deutschland andererseits trotzdem natürlich das Übergewicht in der Verwaltung, im Verwaltungsrat und bei den sonstigen Organen und Einrichtungen behalten. Sie stellen auch den größeren Teil des Aktienkapitals durch ihre Staatsbanken zur Verfügung, aber man hat im Bankstatut des „Neuen Planes“ einen recht erheblichen Teil der Aktien auch anderen Staaten zwecks Zeichnung überlassen und die Zuzahl von Vertretern auch dieser Zeichnungsländer zum Verwaltungsrat zugelassen. Die oben erwähnten sieben Länder verfügen über je zwei Sitze, Deutschland und Frankreich außerdem noch über einen dritten, die Zuzahl kann höchstens noch neun weitere „neutrale“ Vertreter in den Verwaltungsrat bringen, so daß seine größtmögliche Stärke 25 Köpfe beträgt. Keiner von diesen darf übrigens ein staatlicher Beamter sein; sie alle müssen aus dem Bankwesen, dem Handel oder der Industrie stammen.

Am 15. Mai wird man in Basel auch offiziell mit der Arbeit beginnen, denn an diesem Tage muß die deutsche Regierung zum erstenmal nicht mehr an den Reparationsagenten, sondern an die Internationale Bank die Zahlungen dem Young-Plan gemäß entrichten. Außerdem noch eine besondere Schuldverschreibung über die Zahlungsverpflichtungen hinterlegen; die Reichsbank mit dies noch gefordert über die 660 Millionen Mark Jahreszahlungen, die ihr auferlegt sind. Und schließlich gehen der Bank auch noch die Restbestände aus der Kasse des bisherigen Reparationsagenten zu, 100 Millionen Dollar beträgt das Aktienkapital der Bank, das aber vorerst nur zu 25 Prozent eingezahlt werden muß. Aber hinzu kommen noch je ein deutscher und ein französischer Sonderfonds im Betrage von 406 Millionen Mark und noch ein deutscher „Ausgleichs“fonds von 100 Millionen, von deren Einzahlung andererseits aber auch eine besondere Beteiligung am Gewinn der Bank — außer der Verzinsung dieser „Ausgleichs“fonds — abhängig ist. Es wird zum „Turm von Basel“ also deutsches Geld in breitem Strom fließen und dort auch eine Summe von über 500 Millionen lagern bzw. arbeiten.

Auch über die erste „Reparationsanleihe“ ist man sich schon so gut wie einig; man wird in Basel, wo am Montag der Verwaltungsrat der Bank zu seiner ersten offiziellen Sitzung zusammengetreten ist, rasch noch durch Festlegung des Emissionszinsfußes den Schlupf hinter die Bedingungen dieser Anleihe machen, die nun gegen Ende Mai zur Zeichnung an den wichtigsten Geldplätzen der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs, Belgiens, Italiens und — Deutschland — aufgelegt werden soll. Mister Brown in Newyork, Monsieur Grandebrouche in Paris, Mister Smith in London und Herr Schulze in Berlin werden zu Gläubigern des Deutschen Reiches, nicht mehr allein sind unsere Gläubiger die Mächte, denen die deutschen Reparationszahlungen zufließen. Die B. I. Z. wird dann aus den deutschen Jahreszahlungen für die Verzinsung und Amortisation dieser 1200-Millionen-Anleihe Sorge tragen — aber das Wesentliche dieser finanziellen Transaktion ist eben die Tatsache, daß zum Teil an die Stelle von Staatsgläubigern Private treten. Eine neue Epoche in der Reparationspolitik der Siegerstaaten Deutschland gegenüber hebt an, die „Privatisierung“ der deutschen Zahlungen beginnt und wird sich wohl rasch in steigendem Maße forsetzen.

Deutschland muß selbst dafür sorgen, seine Zahlungen, soweit die „B. I. Z.“ das wünscht, in fremden Reparationsagenten hört auf zu bestehen, das bisher die Umwechslung der deutschen Gelder in fremde Sorten zu bewerkstelligen hatte. Leicht wird es der in Basel mit den deutschen Mitgliedern des Verwaltungsrats der Internationalen Bank weilende Reichsbankpräsident Dr. Luther gewiß nicht haben, dort unten im „Turm von Basel“.

Die Baseler Reparationsbank.

Der Verwaltungsrat der in Basel begründeten Internationalen Zahlungsbank für die deutschen Reparationen hielt am Montag in Basel seine erste Sitzung ab. Dr. Luther, der deutsche Vizevorsitzende des Verwaltungsrats, war zu dieser Sitzung nicht erschienen, da er erkrankt ist. Eingetroffen waren dagegen Reichsbankpräsident Dr. Luther, Geheimrat Dr. Bode vom Reichsbankdirektorium und Generaldirektor Neusch. Die französischen Vertreter außer dem schon anwesenden Bureau treten mittags in Basel ein. Die Verwaltungsratsitzung

Arbeitsbeginn in Genf

Der Völkerbundrat tagt.

Erster Redner Dr. Curtius.

Montag trat in Genf unter dem Vorsitz des neuen Ratspräsidenten, des jugoslawischen Außenministers Marinkowitsch, der Völkerbundrat zu seiner 59. Tagung zusammen. Die Ratstagung begann mit einer vertraulichen Sitzung, die unter anderem die endgültige Abfassung des ungarisch-rumänischen Opantentreatys von den Ratgeheimnissen brachte. Diese Frage, die den Rat fast ununterbrochen sieben Jahre lang beschäftigte und ihn wiederholt vor schwierige juristische und politische Probleme stellte, gilt nach Regelung der Disparitäten nun als erledigt. Außerdem erledigte der Rat in der vertraulichen Sitzung eine Reihe von Finanz- und Verwaltungsfragen, in denen der Rücktritt des bisherigen amerikanischen Richters im Haag, des jetzigen obersten Richters der Vereinigten Staaten, Hughes, zu erwähnen ist.

Bereits am Sonntag war der deutsche Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius mit der deutschen Abordnung in Genf eingetroffen. Zur Begrüßung hatten sich die deutschen Beamten des Völkerbundssekretariats und die in Genf anwesenden deutschen Pressevertreter am Bahnhof eingefunden. Außerdem waren zahlreiche Mitglieder der deutschen Kolonie zur Begrüßung des Außenministers erschienen, der zum erstenmal an einer Ratstagung teilnimmt.

Dr. Curtius berichtet.

Die ersten Referate in der öffentlichen Sitzung fielen dem Außenminister Dr. Curtius zu. Er berichtete, sich dabei nur ganz objektiv an die Tatsachen haltend, über die Zollfriedenskonferenz. Der englische Vertreter Henderson erklärte kurz zu dem Bericht, daß England den größten Wert auf künftige Verhandlungen für eine bessere Organisierung der wirtschaftlichen Beziehungen besonders der europäischen Staaten lege. In Erweiterung eines Antrages Dr. Curtius' machte Henderson den Vorschlag, daß zu den späteren Verhandlungen alle Staaten eingeladen werden und nicht nur diejenigen, die das Abschlußprotokoll der Zollfriedenskonferenz unterzeichnet haben. Der Bericht über die Zollfriedenskonferenz wurde den zuständigen wirtschaftlichen und finanziellen Organen des Völkerbundes zur weiteren Bearbeitung überwiesen. Der zweite Bericht von Dr. Curtius über die Einberufung der nächsten Tagung des Wirtschaftsrates des Völkerbundes wurde debattiert angenommen, da er eine Hinausschiebung dieser Einberufung auf ein unbestimmtes Datum vorschlug. Auch dieser Bericht wurde den Ausschüssen überwiesen.

Völkerbund- und Kellogg-Pakt.

Zum Schluß der öffentlichen Montagssitzung hörte der Rat den Bericht des Ausschusses über die Annahme des

beschäftigte sich hauptsächlich mit vorbereitenden Schritten. Möglicherweise findet noch eine zweite Besprechung statt, da wegen der Young-Anleihe noch Vertreter der verschiedenen europäischen Schahänder nach Basel kommen.

Ursprünglich war geplant, vorläufig einzig die Nationalbanken Schwedens, Hollands und der Schweiz einzuladen, ihre weiteren Kandidaturen für den Verwaltungsrat, nachdem sie schon vorher eingeladen worden waren, aufzustellen, sich am Gründungskapital der Bank zu beteiligen.

Die gehemmte Reformarbeit.

Trebitanus über Parteienumbildung und Behebung unserer Notlage. Reichsminister für die besetzten Gebiete Trebitanus hielt auf dem Volkskonservativen Parteitag in Frankfurt a. M. eine Rede, in der er u. a. sagte: Die Regierung habe eine Erbschaft aus dem Nachkriegsjahrzehnt angeerbt, deren Auswirkungen von Woche zu Woche größere Schatten vorauswerfen. Deshalb werde sich die Regierungsarbeit nicht mit einer Kasernenanierung, mit einem Versuch zur Behebung der landwirtschaftlichen Preisfrage und mit einem Disprogramm begnügen können. Sie muß in den großen Rahmen eines viel umfassenderen Gesundungswerkes hineingestellt werden. Auch künftighin werde

das diesbezügliche Juncetium immer von neuem demüht werden müssen. Die schmale parlamentarische Basis zwingt die Regierung zu sorgfältiger Rücksichtnahme auf die ungelöste Haltung der Reichsopposition, die nicht fördernd auf die unumgängliche Reformarbeit, sondern durchaus hemmend wirkt. Die Frage nach der Umwidmung der deutschen Parteien löse heute mehr Anteilnahme aus als die Sorge um die Behebung der wirtschaftlichen Not. Eine Auflockerung der Organisationen führe zur Stärkung, wenn die Führerschaften über die Grundziele einig sind. Zum Regieren gehöre immer die Entschlossenheit und Verantwortlichkeit. Aus dieser Erkenntnis sei der jüngste Auftrag des Reichspräsidenten geboren, dem die jetzige Regierung die Entschloßung verbandt.

Völkerbundpaktes an den Kellogg-Pakt, ohne in die sachliche Aussprache über diese bedeutungsvolle Frage einzutreten. Der Rat stellte fest, daß die Vollversammlung zu entscheiden haben werde, ob die Vorschläge des Ausschusses über die Änderung der Bestimmung des Völkerbundpaktes entsprechend dem Geist und dem Wortlaut des Kellogg-Paktes angenommen werden sollen. Auf Wunsch des englischen Außenministers Henderson beschloß der Völkerbundrat noch, die Palästina-Angelegenheit auf die Tagesordnung dieser Ratstagung zu setzen, um der englischen Regierung die Möglichkeit zu geben, den Völkerbundrat über die Unterjochung der Vorfälle an der Mauer in Jerusalem in Kenntnis zu setzen.

Am 10. September Völkerbund.

Der bisherige Präsident des Völkerbundes, der polnische Außenminister Jazelski, hat die nächste Vollversammlung des Völkerbundes zum 10. September einberufen. Den Mitgliederstaaten geht bis zum 20. Mai die Tagesordnung der Vollversammlung zu.

Dr. Curtius über Abrüstung.

Ein Interview in Genf.

Reichsaußenminister Dr. Curtius hat dem „Journal de Genève“ ein Interview gewährt, in welchem er u. a. ausführte:

„Bei den Haager Verhandlungen habe ich bereits Gelegenheit zur Zusammenarbeit mit den Ministerpräsidenten und Außenministern zahlreicher europäischer Mächte gehabt. Sie weiter auszubauen und auf die Vertreter der anderen im Völkerbund vereinigten Staaten auszudehnen, ist mein Bestreben. Ich begrüße es sehr, daß unannehmliche Männer, die die Außenpolitik in den verschiedenen Ländern führen, sich einigenden den eigentlichen Völkerbundaufgaben widmen können. Deutschlands Bestreben ist es seit seinem Eintritt im Herbst 1926 stets gewesen, den Völkerbundgedanken zu vertiefen und die Völkerbundarbeit zu vervollkommen. Ich halte es für unerlässlich, daß unter anderem auch das Abrüstungsproblem eine stärkere Förderung erfährt, als das bisher der Fall war. Ich muß meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß die nächste Tagung der Abrüstungskommission des Völkerbundes erst auf November angelegt ist. Der Standpunkt der deutschen Regierung in der Abrüstungsfrage ist offen dargelegt. Das deutsche Volk unterstützt ihn in völliger Geschlossenheit. Ich kann meine Einstellung zu den Völkerbundproblemen nicht besser zusammenfassen als durch den Leitsatz, den Dr. Stresemann in seiner Rede beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund prägte: Nur auf der Grundlage einer Gemeinschaft, die alle Staaten ohne Unterschied in voller Gleichberechtigung umspannt, können Hilfsbereitschaft und Gerechtigkeit die wahren Leitsterne des Menschenschicksals werden.“

Erregung im Saarbergbau.

Die Protestversammlung der Bergarbeiter. Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter hielt im ganzen Saarbergbau Verfassungen ab, die außerordentlich stark besucht waren, da es darum ging, Stellung zu nehmen zu der Ankündigung der französischen Bergverwaltung, im Juni 1400 Bergleute zu entlassen, und zwar solche in erster Linie, die außerhalb des Saargebietes wohnen. Die Bergleute innerhalb des Saargebietes erklärten sich solidarisch mit den Arbeitern außerhalb des Saargebietes und wandten sich mit aller Entschiedenheit gegen den Verlust der französischen Bergwerksdirektion, darin einen Unterschied zu machen. Sie vertreten einmütig die Auffassung, daß die Entlassungen überhaupt nicht notwendig seien. In allen Versammlungen war eine tiefe Erregung zu bemerken.

Gegen steuerliche Sonderbelastungen.

Die Spitzenverbände der Wirtschaft und die Sonderumsatzsteuer. Zwischen dem Reichsverband der Deutschen Industrie, dem Reichsverband des Deutschen Groß- und Außenhandels, dem deutschen Industrie- und Handelsklub und dem Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser, ist in der Frage der Sonderumsatzsteuer eine Verständigung zustande gekommen, wonach sich die genannten Verbände darüber einig sind, daß diese Sonderumsatzsteuer mit aller Befriedigung zu befechtigen ist. Sie sind ferner darüber einig, daß in dem kommenden, alsbald vom Reichstag zu verabschiedenden Steuervereinfachungsgesetz Bestimmungen enthalten sein müssen, die es ausschließen, daß die Länder und Gemeinden irgendwelche steuerlichen Sonderbelastungen einzelnen Betriebsformen oder Größenklassen auferlegen.

Fördert die Ortspresse